

Die Abänderungsklage im Unterhaltsrecht

Änderung der Verhältnisse – Präklusion –
Bindungswirkung – Störung der Geschäftsgrundlage

von

Dr. Jürgen Soyka

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf

2., überarbeitete Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Auflage 2001
2. Auflage 2005

ISBN 3 503 08366 9

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2005
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen
der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch
bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den
strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992
als auch der ISO Norm 9706.

Satz: multitext, Berlin
Druck: Ott-Druck, Berlin

Vorwort

Die Bearbeitung von Abänderungsklagen nimmt in der unterhaltsrechtlichen Praxis einen immer größeren Raum ein. Häufig ist jedoch festzustellen, dass die mit Abänderungsklagen zu erreichenden Erfolge überschätzt werden. Dem Verfasser dieses Buches ist es ein besonderes Anliegen, die Ursachen dieser Fehleinschätzungen zu beseitigen. Dazu bedarf es bei Urteilen einer klaren Abgrenzung der Begriffe wie Änderung der Verhältnisse, Präklusion und Bindungswirkung und einer eingehenden Erläuterung ihrer Bedeutung. Zudem werden auch die Vorteile der Anwendung der Grundsätze der Geschäftsgrundlage für titulierte Unterhaltsvereinbarungen verkannt. Der Umstand, dass die Präklusionswirkung nicht durchgreift, fällt kaum ins Gewicht. Besondere Probleme bereitet die Abänderung von nicht titulierten Unterhaltsvereinbarungen, von denen sich die Parteien nicht ohne weiteres lösen können. Aufgezeigt wird, wann eine Nachforderungsklage und wann eine Änderung nach den Regeln der Geschäftsgrundlage in Betracht kommt. Insbesondere werden auch die Gefahren behandelt, die sich aus der Darlegungsnot eines Abänderungsklägers ergeben, wenn eine titulierte oder nicht titulierte Unterhaltsvereinbarung keine Grundlagen enthält. Dieses Buch versucht Probleme der Abänderungsklage mit einem klaren strukturierten Aufbau in den Griff zu bekommen. Das Konzept wird aber nicht nur durch eine systematische Erfassung der Problematik, sondern auch durch zahlreiche Beispiele transparent gestaltet. Das Buch orientiert sich dabei an der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, die häufig in ihrer Bedeutung verkannt wird.

Krefeld, im Juni 2001

Der Verfasser

Vorwort zur zweiten Auflage

Die zweite Auflage dieses Buches ermöglicht einen noch tieferen Einblick in die Probleme der Abänderungsklage. Um die praktischen Schwierigkeiten bei ihrer Bearbeitung bewältigen zu können, sind die Beispielfälle erheblich ausgeweitet worden. Viele Praxishinweise sind aber auch darauf ausgerichtet, Probleme von vornherein, nämlich bei der Schaffung des

Vorwort zur zweiten Auflage

Erstitels , zu vermeiden. Dabei wurde viel Wert darauf gelegt, die Strukturen der Abänderungsklage herauszuarbeiten und die Probleme in diesem Kozept systematisch zu erfassen. Der gesamte Aufbau dieses Buches orientiert sich an einer praxisorientierten Vorgehensweise bei der Bearbeitung von Abänderungsklagen und ist daher sowohl als Lehrbuch wie auch als Nachschlagewerk geeignet. Die neue Rechtsprechung ist nach dem Stande September 2004 berücksichtigt und eingearbeitet.

Krefeld, im September 2004

Der Verfasser

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
Vorwort	5	
Vorwort zur zweiten Auflage.....	5	
Abkürzungsverzeichnis.....	17	
A. Allgemeine Grundsätze der Abänderungs- klage.....	19	1–14
1. Abänderungsbedarf	19	1
2. Abänderungsvorschriften.....	20	2
3. Abänderungszweck.....	22	3
4. Rechtsnatur der Abänderungsklage.....	23	4
5. Wirkung der Abänderungsentscheidung	24	5
5.1 Bestätigungstheorie	24	5
5.2 Billigkeitstheorie.....	24	5
5.3 Bindungstheorie	24	5
5.4 Eigene Stellungnahme	24	5
6. Streitgegenstand	25	6
7. Der Abänderung unterliegende Regelungen.	26	7–14
7.1 Gerichtliche Titel	26	8–10
7.1.1 Urteile	26	8
7.1.2 Beschlüsse im vereinfachten Verfahren.....	27	9
7.1.3 Titel im einstweiligen Rechtsschutz	27	10
7.2 Titulierte Unterhaltsvereinbarungen	28	11
7.3 Titulierte einseitige Verpflichtungs- erklärungen.....	28	12
7.4 Nicht titulierte Unterhaltsvereinbarungen...	28	13
7.5 Prozessuale Anerkenntnisse	29	14
8. Vollstreckungsrechtliche Folgen der Abänderungsentscheidung.....	30	14a

Inhaltsverzeichnis

B.	Zulässigkeit der Abänderungsklage	31	15–53
1.	Statthaftigkeit.	31	16–36
1.1	Abgrenzung zur Erstklage.	31	17–22
1.1.1	Nachforderungsklage.	31	17
1.1.2	Klageabweisendes Ersturteil.	33	18
1.1.3	Abänderungsurteil auf Wegfall der Unterhaltsverpflichtung	33	19
1.1.4	Prozessvergleich auf Wegfall der Unterhaltsverpflichtung	34	19a
1.1.5	Unterhaltsverzicht	34	20
1.1.6	Sonderbedarf/Mehrbedarf	34	21
1.1.7	Altersvorsorgeunterhalt	36	22
1.1.8	Befristete Unterhaltsvereinbarungen/ Prozessvergleiche.	37	22a
1.2	Abgrenzung zur Vollstreckungsgegenklage .	38	23–32
1.2.1	Zweck der Vollstreckungsgegenklage	38	24
1.2.2	Zweck der Abänderungsklage	38	25
1.2.3	Abgrenzungserfordernis	39	26
1.2.4	Abgrenzungskriterien	40	27
1.2.4.1	Beispiele für die Vollstreckungsgegenklage .	41	28
1.2.4.2	Beispiele für die Abänderungsklage	42	29
1.2.4.3	Zweifelsfälle	42	30
1.2.5	Konkurrenzverhältnis	46	31
1.2.6	Auslegung oder Umdeutung, Klageänderung	47	32
1.3	Abgrenzung zur negativen Feststellungsklage	48	33
1.4	Abgrenzung zu Rückforderungs- und Schadensersatzklagen	49	34–35
1.4.1	Klage auf Rückforderung zu viel gezahlten Unterhalts.	49	34
1.4.2	Schadensersatzklage	50	35
1.5	Titel auf Kapitalabfindung	51	36
2.	Allgemeine Prozessvoraussetzungen	52	37–42
2.1	Örtliche Zuständigkeit	52	38
2.2	Sachliche Zuständigkeit	53	39
2.3	Zuständigkeit nach der Geschäftsverteilung.	53	40
2.4	Anwaltszwang.	53	41
2.5	Parteiidentität	54	42

Inhaltsverzeichnis

3.	Besondere Prozessvoraussetzungen	55	43– 51
3.1	Rechtsschutzinteresse	55	44– 49
3.1.1	Beginn	55	45
3.1.1.1	Abgrenzung bei möglicher Berufungseinlegung	56	46
3.1.1.2	Abgrenzung bei bereits eingelegter Berufung	58	47
3.1.2	Wegfall des Rechtsschutzinteresses	60	48
3.1.3	Sonstige das Rechtsschutzinteresse beeinflussende Umstände	61	49
3.2	Behauptung einer wesentlichen Änderung	61	50
3.3	Identität des Streitgegenstandes	63	51
4.	Stufenklage	64	52
C.	Formulierung der Anträge.	67	53– 57
1.	Titel	67	54– 55
1.1	Mehrforderungen	67	54
1.1.1	Erstinstanzliche Urteile	67	54
1.1.2	Zweitinstanzliche Urteile.	67	54
1.1.3	Abänderungsurteil	67	54
1.1.4	Nicht rechtskraftfähige Titel	68	55
1.2	Herabsetzung des Unterhalts	68	55
1.3	Wegfall der Unterhaltsverpflichtung	68	55
2.	Nicht titulierte Unterhaltsvereinbarungen.	68	56
2.1	Mehrforderung	68	56
2.2	Herabsetzung oder Wegfall des Unterhalts.	68	56
3.	Klageanträge bei Zusatzklage und Bestehen eines Unterhaltstitels	69	57
D.	Begründetheit der Abänderungsklage	71	58–236
1.	Urteile	71	59–133
1.1	Verurteilung zu künftig fällig werdenden wiederkehrenden Leistungen	71	60
1.2	Wesentliche Veränderung der Verhältnisse	71	61– 98
1.2.1	Verhältnisse.	72	61– 65

Inhaltsverzeichnis

1.2.1.1	Definition der Verhältnisse	72	61
1.2.1.2	Ermittlung der Verhältnisse	72	62–65
1.2.1.2.1	Urteile mit Entscheidungsgründen	72	63
1.2.1.2.2	Urteile ohne Entscheidungsgründe	73	64– 65
1.2.2	Änderung der tatsächlichen Verhältnisse . . .	76	66
1.2.3	Wesentlichkeit	76	67– 70
1.2.3.1	Nachhaltigkeit	77	68
1.2.3.2	Auswirkung der Änderung auf den Unterhalt	78	68
1.2.3.2.1	Beeinflussung der Unterhaltsschuld	78	69
1.2.3.2.2	Wesentlichkeitsgrenze.	80	70
1.2.4	Beweislast	81	71
1.2.5	Beispiele für Abänderungsgründe (alphabetisch geordnet)	83	72– 98
1.3	Präklusion nach § 323 Abs. 2 ZPO.	103	99–110
1.3.1	Zeitgrenze.	103	100
1.3.2	Entstehung der Abänderungstatsachen.	105	101
1.3.3	Verschulden	105	102
1.3.4	Entstehungszeitpunkt	106	103
1.3.5	Relevanz der Alttatsachen im Ausgangs- verfahren.	107	104
1.3.6	Billigkeitsgesichtspunkte.	110	105
1.3.7	Spätere Beweisbarkeit von Tatsachen	111	106
1.3.8	Alttatsachen beim Versäumnisurteil	111	107
1.3.9	Alttatsachen beim Anerkenntnisurteil	112	108
1.3.10	Mehrere aufeinander folgende Abänderungsklagen.	113	109
1.3.11	Alttatsachen zur Verteidigung des Urteils . .	116	110
1.4	Bindungswirkung	117	111–121
1.4.1	Urteilsgrundlage	119	112
1.4.2	Umfang der Bindungswirkung	119	113–121
1.4.2.1	Tatsachen	119	114
1.4.2.2	Die den Tatsachen zugrunde liegenden Wertungen	120	115
1.4.2.3	Rechtliche Verhältnisse	122	116
1.4.2.4	Hilfsmittel zur Feststellung des Unterhalts. .	123	117
1.4.2.5	Fehlerkorrektur aus Billigkeitsgründen.	126	118
1.4.2.6	Fehlerkorrektur bei Anwendung verfassungswidriger Normen	128	119
1.4.2.7	Bindungswirkung bei Beweisfähigkeit.	128	120
1.4.2.8	Fehlerkorrektur zur Verteidigung des Titels	129	121

Inhaltsverzeichnis

1.5	Abänderungsbeginn gem. § 323 Abs. 3 ZPO .	131	122–132
1.5.1	Normzweck	131	123
1.5.2	Abänderungsbegehren auf höheren Unterhalt	132	124–126
1.5.2.1	Auskunft	133	125
1.5.2.2	Verzug	133	126
1.5.3	Abänderungsverlangen auf Herabsetzung des Unterhalts	135	127–132
1.5.3.1	Klagezustellung	135	128
1.5.3.2	Bedeutung eines Prozesskostenhilfeantrages	136	129
1.5.3.3	Vorwirkung im Falle der Anschlussberufung	138	130
1.5.3.4	Nachträgliche Abänderungsvereinbarungen .	139	131
1.5.3.5	Berücksichtigung von Billigkeitsgesichts- punkten	140	132
1.6	Aufbau der Abänderungsklage	142	133
2.	Prozessvergleiche und notarielle Unter- haltsvereinbarungen	143	134–163
2.1	Vollstreckungstitel	143	135–136
2.1.1	Gerichtliche Vergleiche	143	135
2.1.2	Notarielle Vereinbarungen	144	136
2.1.3	Anwaltsvergleiche	144	136a
2.2	Abänderungsvereinbarungen	145	137
2.3	Abänderungsgrundlage	146	138–145
2.3.1	Abänderung eines Prozessvergleichs oder einer notariellen Vereinbarung durch Urteil.	146	139
2.3.2	Mehrere zeitlich aufeinander folgende Abänderungsvereinbarungen	146	140
2.3.3	Prozessvergleiche oder notarielle Verein- barungen, die ein vorausgegangenes Urteil bestätigen	146	141
2.3.4	Abweisung einer auf Änderung eines Prozessvergleiches oder einer notariellen Vereinbarung gerichteten Abänderungs- klage	147	142
2.3.5	Rücknahme des Rechtsmittels gegen ein Unterhaltsurteil im Wege des Prozess- vergleichs	148	143
2.3.6	Abgewiesene Leistungsklage trotz Prozess- vergleich oder notarieller Vereinbarung	148	144

Inhaltsverzeichnis

2.3.7	Erfolgreiche Leistungsklage trotz Prozessvergleich oder notarieller Vereinbarung	149	145
2.4	Zulässigkeit der Abänderungsklage	149	146
2.5	Begründetheit der Abänderungsklage	149	147–158
2.5.1	Das Institut des Wegfalls der Geschäftsgrundlage als Rechtsgrundlage für die Abänderung	150	148–153
2.5.1.1	Geschäftsgrundlage	150	149–151
2.5.1.1.1	Titel mit Grundlagen	151	150
2.5.1.1.2	Titel ohne Grundlage	155	151
2.5.1.2	Störung der Geschäftsgrundlage	157	152
2.5.1.3	Wesentlichkeit der Änderung	158	153
2.5.2	Präklusion	159	154
2.5.3	Verschweigen von unterhaltsrechtlich relevanten Umständen	159	155
2.5.4	Bindungswirkung	161	156–158
2.5.4.1	Bindung an den Parteiwillen	162	157
2.5.4.2	Freie Neuberechnung des Unterhalts	164	158
2.6	Beweislast	165	159
2.7	Abänderungszeitraum	166	160–163
2.7.1	Abänderungszeitpunkt nach den Regeln des Fehlens oder der Änderung der Geschäftsgrundlage	166	160
2.7.1.1	Abänderungsbegehren auf Unterhaltserhöhung	168	161
2.7.1.2	Änderungsbegehren auf Herabsetzung des Unterhalts	169	162
2.7.2	Vereinbarter Abänderungsbeginn	169	163
3.	Abänderung von Jugendamtsurkunden und notariellen Schuldanerkennnissen	169	164–179
3.1	Vollstreckungstitel	170	165–166
3.1.1	Notarielle Schuldanerkennnisse	170	165
3.1.2	Jugendamtsurkunden	170	166
3.2	Rechtsnatur	171	167
3.3	Abänderungsvoraussetzungen	171	168–179
3.3.1	Abänderungsbegehren des Unterhaltsverpflichteten	171	169–171

Inhaltsverzeichnis

3.3.1.1	Geltendmachung einer Änderung der Geschäftsgrundlage	172	170
3.3.1.2	Fehlen der Geschäftsgrundlage.	173	171
3.3.2	Abänderung durch den Unterhalts- berechtigten.	174	172–174
3.3.3	Wesentlichkeit der Änderung	178	175
3.3.4	Präklusion	178	176
3.3.5	Anpassung der Schuldurkunde	179	177
3.3.6	Beweislast	179	178
3.3.7	Abänderungszeitraum	179	179
4.	Abänderung prozessualer Anerkenntnisse . .	179	180–185
4.1	Begriff des Anerkenntnisses	180	181
4.2	Wirksamkeit des Anerkenntnisses	180	182
4.3	Wirkung des Anerkenntnisses.	180	183
4.4	Beseitigung des Anerkenntnisses	181	184–185
4.4.1	Widerruf	181	184
4.4.2	Abänderungsgrund gem. § 323 ZPO	181	185
5.	Abänderung nicht titulierter Unterhalts- vereinbarungen	183	186–189
5.1	Bestehen einer Unterhaltsvereinbarung	183	187
5.2	Störung der Geschäftsgrundlage.	184	188
5.3	Beweislast	185	189
6.	Abänderung von Titeln im vereinfachten Verfahren	185	190–213
6.1	Abänderungsklage gem. § 654 ZPO	187	191–198
6.1.1	Normzweck	187	192
6.1.2	Unterschiede zur Abänderungsklage gem. § 323 ZPO	187	193
6.1.3	Anwendungsbereich.	188	194
6.1.4	Abänderungsbeginn	189	195
6.1.4.1	Abänderungsbegehren des Unterhalts- verpflichteten	189	196
6.1.4.2	Abänderungsbegehren des unterhalts- berechtigten Kindes	189	197
6.1.5	Einheitliche Entscheidung.	190	198
6.1.6	Verhältnis zur Abänderungsklage nach § 323 Abs. 1 oder 4 ZPO	190	198a

Inhaltsverzeichnis

6.2	Abänderung gem. § 655 ZPO	190	199–206
6.2.1	Anwendungsbereich	190	200
6.2.2	Voraussetzungen für die Abänderung.	191	201
6.2.3	Verhältnis zur Abänderungsklage nach § 323 Abs. 1 oder 4 ZPO	191	202
6.2.4	Präklusion.	192	203
6.2.5	Abänderungsbeginn.	192	204
6.2.6	Geltendmachung von Einwendungen	192	205
6.2.7	Rechtsbehelfe gegen den Abänderungs- beschluss	193	206
6.3	Abänderungsanschlussklage gem. § 656 ZPO	193	207–212
6.3.1	Normzweck.	193	208
6.3.2	Präklusion und Abänderungsbeginn	193	209
6.3.3	Prüfungsumfang	194	210
6.3.4	Klagefrist	194	211
6.3.5	Kosten.	195	212
6.4	Dynamisierung der Kindergeldanrechnung auf Grund der Neufassung des § 1612 b Abs. 5 BGB.	195	213
7.	Abänderung von Titeln im einstweiligen Rechtsschutz.	197	214–220
7.1	Abänderungsmöglichkeiten bei einst- weiligen Anordnungen	198	215–219
7.1.1	Antrag auf mündliche Verhandlung	198	215
7.1.2	Abänderungsantrag nach § 620 b Abs. 1 ZPO.	198	216
7.1.3	Leistungsklage	199	217
7.1.4	Negative Feststellungsklage	199	218
7.1.5	Rückforderung zu viel gezahlten Unterhalts	200	219
7.2	Vergleiche.	201	220
8.	Einstweilige Einstellung der Zwangs- vollstreckung	202	221–226
8.1	Voraussetzungen	203	222
8.2	Entscheidung	204	223
8.3	Sicherheitsleistung.	204	224
8.4	Anfechtung.	204	225

Inhaltsverzeichnis

8.5	Konsequenzen aus einer ablehnenden Entscheidung.	204	226
9.	Effektive Rückforderung zuviel gezahlten Unterhalts	205	226 a
10.	Abänderungsentscheidung.	206	227–228
10.1	Urteile und sonstige Titel	206	227
10.1.1	Hauptsacheentscheidung.	206	227
10.1.2	Kosten	206	227
10.1.3	Vorläufige Vollstreckbarkeit.	206	227
10.1.4	Streitwert.	207	227
10.2	Nicht titulierte Unterhaltsvereinbarungen. . .	207	228
10.2.1	Leistungsklage auf höheren Unterhalt.	207	228
10.2.2	Feststellungsklage auf Herabsetzung oder Wegfall des Unterhalts.	207	228
10.2.3	Nebenentscheidungen	208	228
10.2.3.1	Leistungsklage.	208	228
10.2.3.2	Feststellungsklage.	208	228
11.	Abänderung ausländischer Unterhaltstitel . .	208	229–236
11.1	Voraussetzungen der Abänderbarkeit	208	230–232
11.1.1	Internationale Zuständigkeit.	208	230
11.1.2	Anerkennung des Titels.	209	231
11.1.3	Abänderbarkeit.	209	232
11.2	Anwendbarkeit des § 323 ZPO	209	233
11.3	Präklusionswirkung und Abänderungs- beginn nach § 323 Abs. 2 und 3 ZPO	210	234
11.4	Abänderungsmaßstab	210	235
11.5	Statutenwechsel	211	236
	Verzeichnis der verwendeten und weiterführenden Literatur	213	
	Stichwortverzeichnis.	215	